

# Gemeinderat hat Bedenken

## Firma Schleith will Lagerkapazität für Aushub und Baustoffe in Meringen deutlich erhöhen

Von Mario Schöneberg

MERDINGEN. Stimmt die Gemeinde Meringen einer Veriellachung der Nutzung des Aushub-, Baustofflager und Umschlagplatzes an der Straße nach Rimsingen durch die Firma Schleith zu, obwohl bisher zahlreiche Vereinbarungen seitens der Vorherigen Nutzerin nicht eingehalten worden waren? Im Gemeinderat gab es hierzu zahlreiche Fragen und Zweifel.

Im Jahr 2012 sei für drei Flurstücke an der Kreisstraße 4931 nach Rimsingen der vorhabenbezogene Bebauungsplan „Lagerumschlagfläche Baldinger“ rechtswirksam geworden, erklärte Bürgermeister Martin Rupp. Dieser sei seinerzeit aufgestellt worden, um der Firma Baldinger Tiefbau eine Anlage zur zeitweiligen Lagerung und Behandlung von nicht gefährlichen Abfällen zu ermöglichen. Die Firma sei mittlerweile verkauft worden. Die Schleith GmbH als Rechtsnachfolgerin habe nun beim Landratsamt eine Erweiterung der Immissionschutzrechtlichen Genehmigung beantragt.

In der Gemeindeverwaltung sei man davon überrascht worden, sagte Rupp, bisher habe es keinerlei Kontaktaufnahme seitens der Firma gegeben. Ein von der Gemeinde beauftragter Rechtsanwalt

sehe einige zu klärende rechtliche Unsicherheiten. Wesentliche Änderungen nach dem neuen Antrag, erklärte Rupp, seien eine Erhöhung der Gesamtlagerkapazität von derzeit 10.000 Tonnen auf künftig 50.000 Tonnen im Jahr. Auch die Menge an Material, die jährlich umgeschlagen werden soll, steige von bisher 5000 Tonnen im Jahr auf das Zehnfache.

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan sehe zwar keine Mengenbegrenzung vor, räumte Rupp ein, eine Erhöhung wäre daher wohl zulässig. Die beantragte deutliche Steigerung entspreche aber sicher nicht den 2012 zugrunde gelegten planerischen Vorstellungen des Bebauungsplans. Weiterhin werde das Errichten eines Bürocontainers beantragt. Der Bebauungsplan lasse die Errichtung von Gebäuden aber nicht zu, eine Befreiung wäre nötig. Darüber hinaus sei eine starke Zunahme des Lkw-Verkehrs zu erwarten. Rupp sprach von täglich drei bis vier Zehn-Tonnern an rund 250 Arbeitstagen, künftig könnten es bis zu 15 der Zwanzigtöner an 261 Arbeitstagen werden.

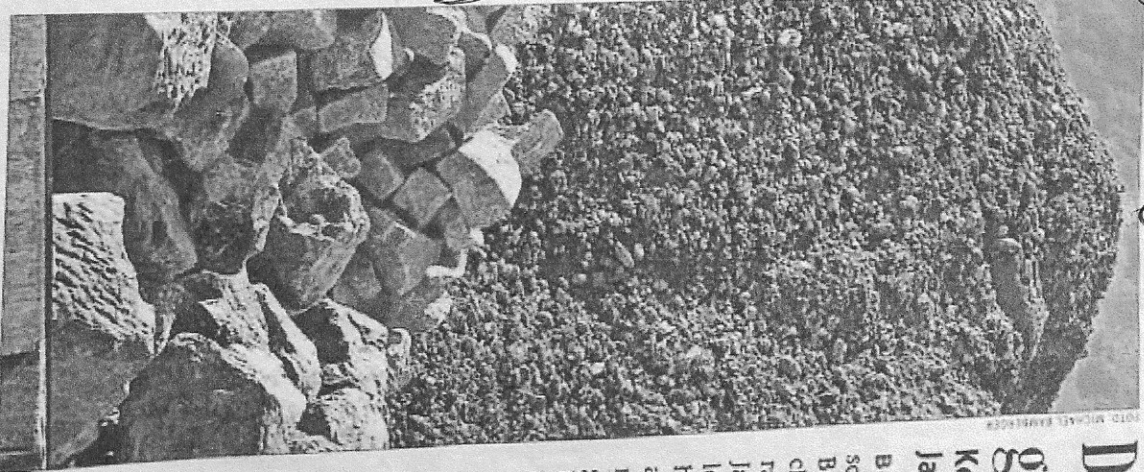
Die ursprünglich im Plan vorgesehenen und mit der Firma Baldinger vereinbarte Begrünung am Rand des Lagerplatzes – hierzu gehörten Heckenreihen auf dem Wall und die Herstellung einer Mähwiese zwischen Wald und Erdwall – seien bis heute nicht oder nicht vollständig ausgeführt worden, bedauerte Rupp. Auch

die vereinbarte Befestigung der Bodenplatte für Maschinen sei nicht erfolgt. Die Verwaltung habe hierzu mehrfach Gespräche mit der Firma Baldinger geführt, leider ohne Erfolg.

Der im Zuge des Bebauungsplanverfahrens vereinbarte Durchführungsvertrag sehe zwar eine Weitergabe des Vertrages an mögliche Rechtsnachfolger vor, allerdings sei dies unterblieben. Diese dargestellten Umsetzungsmängel des bisherigen Bebauungsplanes, meinte auch der Rechtsanwalt, stellten sogar dessen weitere Rechtswirksamkeit in Frage.

Aus Sicht der Verwaltung gelte es nun, einige Fragen zu klären – zum Verkehr, zur Belastung für die Gemeinden, zur Umsetzung der Begrünungen und zur rechtlichen Situation. Gegebenenfalls müsse ein neuer vorhabenbezogener Bebauungsplan aufgestellt werden.

In der Ratssitzung wurde später klargestellt, dass das Material irgendwo gelagert werden müsse. Aber ob eine solche Steigerung hinnehmbar sei, müsse abgeklärt werden. Einigkeit herrsche darin, dass der vereinbarte ökologische Ausgleich in jedem Fall umgesetzt werden soll und die tatsächlichen Bewegungen am Lagerplatz besser kontrolliert werden müssten. Einstimmig beschlossen wurde, das Einvernehmen zum Antrag zu versagen, die rechtliche Situation zu prüfen und Gespräche mit der Firma Schleith zu führen.



Die Schleith GmbH möchte ihre Lagerfläche für Aushub und Baustoffe vergrößern (Symbolfoto).